

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

24. Jahrgang

Berlin, den 21. Juni 1957

Nummer 25

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die Vermögensbildung in den Jahren 1950—1955 in den Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Finanzierung

*Das DIW veröffentlicht laufend eine Geldvermögensrechnung für das Bundesgebiet. Im folgenden Beitrag werden die Ergebnisse der entsprechenden Untersuchungen des Federal Reserve Board für die Vereinigten Staaten wiedergegeben. Dabei wird auf einige methodische Fragen, bei denen das Federal Reserve Board von dem deutschen System und auch von der amerikanischen Sozialproduktberechnung abweicht, näher eingegangen.*

Der Wunsch, die für eine erfolgreiche wachstums-gerechte Wirtschaftspolitik unerläßlichen Kenntnisse volkswirtschaftlicher Zusammenhänge zu erweitern und zu vertiefen, hat in den letzten Jahren in verschiedenen Ländern, so neben Westdeutschland vor allem in den Vereinigten Staaten, zur Entwicklung einer Vermögens- bzw. Geldstromrechnung geführt. Orientiert die Sozialproduktberechnung über die Entstehung und Verwendung des Volkseinkommens, so gewährt die Geldstromrechnung Überblick über die Geldströme der Wirtschaft und gibt Aufschluß über die Geldvermögensbildung bzw. die Neuverschuldung der einzelnen volkswirtschaftlichen Bereiche und die jeweiligen Veränderungen ihres Vermögensstatus.

Das Federal Reserve Board, das mit einer Geldstromrechnung erstmals 1955<sup>1)</sup> an die Öffentlichkeit trat, hat kürzlich<sup>2)</sup> in Jahres-Übersichtstabellen revidierte Ergebnisse für den Zeitraum 1950/55 herausgebracht. Etwa zur gleichen Zeit hat der Leiter der mit der Erstellung der Geldstromrechnung betrauten Abteilung des Federal Reserve Board, R. A. Young, in den Veröffentlichungen des International Monetary Fund<sup>3)</sup> zu den Problemen der Vermögensrechnung Stellung genommen.

In der Geldstromrechnung des Federal Reserve Board finden sich zum Teil beachtliche Abweichungen von den in der amerikanischen Sozialproduktberechnung üblichen Abgrenzungen der Wirtschaftsgruppen und wirtschaftlichen Vorgänge. Diese Abweichungen dürften zum Teil durch das statistische Material bedingt, zum Teil aber auch in den unterschiedlichen Auffassungen über die Zweckmäßigkeit der Abgrenzungen der diese Globalrechnungen erstellenden Institutionen begründet sein.

Einige der von den bisherigen Gewohnheiten abweichenden Zuordnungen in der amerikanischen Geld-

stromrechnung stellen ohne Frage einen Fortschritt gegenüber den Abgrenzungen in der Sozialproduktberechnung dar. So ermöglicht die Geldstromrechnung des Federal Reserve Board erstmals für die Vereinigten Staaten eine gesonderte Erfassung der Geldströme — und damit der Einnahmen- und Ausgabenströme — der privaten Haushalte und die jeweilige Veränderung ihres Vermögensstatus. Ferner werden Banken, Versicherungen und ähnliche Institutionen (zum Beispiel private Pensionsfonds) zu einem selbständigen Wirtschaftsbereich zusammengefaßt, d. h. ihre Geldströme werden gesondert erfaßt und aufgeführt. Da diese Institutionen eine von den übrigen Wirtschaftsunternehmen verschiedene Funktion ausüben und als finanzielle Mittler dienen, die Einlagen bzw. Ersparnisse hereinnehmen und Geld bzw. Kapital bereitstellen, bietet ihre Ausgliederung die Möglichkeit eines zweifellos erwünschten zusätzlichen Einblicks in die finanziellen Verflechtungen der übrigen Bereiche mit dem Banken- und Versicherungsapparat. Einer Zusammenfassung der Gruppe Banken und Versicherungen mit den Wirtschaftsunternehmen im engeren Sinne stehen infolge der analogen Untergliederung der finanziellen und nicht-finanziellen Transaktionen aller volkswirtschaftlichen Bereiche keine Schwierigkeiten entgegen.

In der Geldstromrechnung werden auch die Aufwendungen der privaten Haushalte für den Erwerb von Realkapital (capital acquisitions) gesondert ausgewiesen. Zu der Sachvermögensbildung der privaten Haushalte rechnen nach dieser Abgrenzung nicht nur die Aufwendungen für den Eigenheimbau, für den Erwerb von Altbauten sowie Grund und Boden, sondern auch die Ausgaben für langlebige Verbrauchsgüter (wie zum Beispiel Autos, Einrichtungsgegenstände usw.). Da in den jetzt veröffentlichten Übersichtstabellen die Ausgaben für den Eigenheimbau, den Erwerb von Altbauten und Grund und Boden sowie für dauerhafte Konsumgüter getrennt angeführt werden, können diese Posten je nach Belieben bei gesamtwirtschaftlichen Analysen berücksichtigt werden.

1) Board of Governors of the Federal Reserve System, Flow of Funds in the United States, 1939—53; Dezember 1955.

2) Federal Reserve Bulletin, April 1957.

3) Federal Reserve Flow-of-Funds-Accounts, Staff Papers, Februar 1957.

Dem Schema der amerikanischen Sozialproduktberechnung vorzuziehen ist der in der Geldstromrechnung ebenfalls gesondert erfolgende Ausweis der im Bereich der Öffentlichen Hand getätigten Investitionen, die bei der Sozialproduktberechnung in der Position des öffentlichen Bedarfs untergehen.

Wenig überzeugt allerdings die Behandlung der Zahlung der privaten Haushalte an private Lebensversicherungen und Pensionsfonds. Diese Zahlungen werden nach der Systematik der Geldstromrechnung den nicht-finanziellen Transaktionen der privaten Haushalte zugeordnet. Das bedeutet, daß die aus diesen Leistungen resultierenden Ansprüche an die Lebensversicherungen und Pensionsfonds nicht als Geldvermögensbildung der privaten Haushalte, sondern als Geldvermögensbildung der Versicherungen ausgewiesen werden. Die Verlagerung der Ersparnisbildung von dem Sektor der privaten Haushalte in den Bereich der Kapitalsammelstellen erscheint keineswegs berechtigt. Das Federal Reserve Board weist in seinen Ausführungen auf diese ungewöhnliche Zuordnung ausdrücklich hin, gibt aber keine Erklärung für sein Vorgehen. Die Motive liegen offensichtlich nicht im statistischen Material begründet, da die Angaben über Kapitalansprüche der privaten Haushalte an die Versicherungen bei dem Federal Reserve Board vorhanden sind<sup>4)</sup>. Für den Benutzer der Geldstromrechnung ist diese Zuordnung recht unerfreulich, vor allem da die im Aprilheft des Federal Reserve Bulletin veröffentlichten Übersichtstabellen keine Daten enthalten, die eine Korrektur erlauben.

Die Übersicht zeigt, daß in dem Zeitraum 1950/55 in den Vereinigten Staaten Sachvermögen im Werte von 370 Mrd. \$ gebildet wurde. Bei der Sachvermögensbildung wurden die Nettoanlage- und Lagerinvestitionen aller volkswirtschaftlichen Bereiche in der üblichen Abgrenzung, d. h. also ohne die Aufwendungen der privaten Haushalte für langlebige Verbrauchsgüter, erfaßt. Dem Übergang vorhandenen Realkapitals von einem volkswirtschaftlichen Bereich in einen anderen wurde als Zu- bzw. Abgang bei der Sachkapitalbildung der einzelnen Sektoren Rechnung getragen.

Im Bereich der Wirtschaftsunternehmen — gewerbliche Wirtschaft ohne Banken und Versicherungen und Landwirtschaft — wurden in der beobachteten Zeit Sachvermögenswerte in Höhe von rund 206 Mrd. \$ (= 56 vH) gebildet, unter Einschluß der finanziellen Institutionen erhöht sich die Investitionstätigkeit der amerikanischen Unternehmen auf 221 Mrd. \$ (= 60 vH). Neben den Investitionsaufwendungen der Öffentlichen Hand, die 66 Mrd. \$ (= 18 vH) erreichten, stand eine Sachkapitalbildung der privaten Haushalte von annähernd 80 Mrd. \$ (= 22 vH), die neben den Aufwendungen für den Eigenheimbau die Mittel umfaßt, die für den Zugang von Altbauten sowie Grund und Boden eingesetzt wurden.

Der Ausweis von Sachkapitalbildung bei privaten Haushalten ist heute noch ungewöhnlich und stößt in Kreisen der empirischen Forschung vielfach auf Ablehnung. Diese Ablehnung bedarf, soweit sie mit dem Hinweis auf die einer solchen Untergliederung entgegenstehenden statistischen Schwierigkeiten erfolgt, keiner weiteren Erörterung. Gewichtiger ist jedoch der Einwand, wenn er auf den theoretischen Erwägungen beruht, daß — ex definitione — in einem privaten Haushalt nur verbraucht bzw. gespart, nicht aber investiert werden könne. Der Erwerb von Sachvermögenswerten reiht — nach dieser theoretischen Über-

Die Vermögensbildung in den USA 1950—1955  
in Mrd. \$

	Priv. Haushalte	Wirtschaft	Banken <sup>3)</sup>	Ausland	Öff. Hand
Bargeld und Sichteinlagen . . . . .	8,5	7,3	2,9	0,1	3,2
Termineinlagen . . . . .	17,6	1,0	—	1,2	1,8
Schuldverschreibungen des Bundes . . . . .	5,9	7,6	4,0	4,7	9,5
Wertpapiere . . . . .	6,8	0,6	28,4	0,5	3,0
Hypothekarkredite . . . . .	6,2	0,9	57,2	—	2,7
Konsumkredite . . . . .	—	12,3	9,0	—	—
Direkt-Kredite . . . . .	—	28,5	0,5	—	2,4
Bankkredite . . . . .	—	—	23,3	—	—
Bausparkassen . . . . .	21,3	—	0,3	—	—
Gold . . . . .	—	—	-2,4	2,8	—
Sonstiges . . . . .	3,2	2,6	2,7	1,6	3,2
<b>Aktiva . . . . .</b>	<b>69,5</b>	<b>60,8</b>	<b>125,9</b>	<b>10,9</b>	<b>25,3</b>
Bargeld und Sichteinlagen . . . . .	—	—	26,6	0,5	—
Termineinlagen . . . . .	—	—	21,2	—	—
Schuldverschreibungen des Bundes . . . . .	—	—	—	—	33,0
Wertpapiere . . . . .	—	34,6	3,6	0,9	—
Hypothekarkredite . . . . .	47,2	19,3	0,2	—	—
Konsumkredite . . . . .	21,3	—	—	—	—
Direkt-Kredite . . . . .	—	21,7	0,6	—	2,4
Bankkredite . . . . .	1,2	20,3	0,7	1,3	-0,1
Bausparkassen . . . . .	—	—	21,6	—	—
Gold . . . . .	—	—	—	—	0,1
Sonstiges . . . . .	3,8	2,7	5,4	5,1	0,9
<b>Passiva . . . . .</b>	<b>73,5</b>	<b>98,6</b>	<b>79,9</b>	<b>7,8</b>	<b>36,3</b>
Saldo . . . . .	-4,0	-37,8	+46,0	+3,1	-11,0
Ansprüche aus Lebensversicherungen <sup>1)</sup>	+30,0	—	-30,0	—	—
Geldvermögensbildung (+), bzw. Neu-Verschuldg. (-) <sup>2)</sup>	+26,0	-37,8	+16,0	+3,1	-11,0
Sachvermögensbildung . . . . .	79,7	205,5	15,9	—	66,3
<b>Vermögensbildung . . . . .</b>	<b>105,7</b>	<b>167,7</b>	<b>31,9</b>	<b>3,1</b>	<b>55,3</b>

1) Nach Angaben des Department of Commerce, Survey of Current Business. — 2) Bei der Saldierung der Aktiv- und Passivposten ergibt sich eine Differenz von 3,7 Mrd. \$, die auf Diskrepanzen in der Originalstatistik zurückzuführen ist. — 3) Einschl. Versicherungen.

legung — auch den Bezieher festen Einkommens, also den Lohn- und Gehaltsempfänger, insoweit er investiert, in die Gruppe der Unternehmer ein.

Es erhebt sich nun die Frage, ob man auch da, wo das statistische Material eine Zuordnung der Sachvermögensbildung nach volkswirtschaftlichen Bereichen erlaubt, aus diesen theoretischen Erwägungen auf den zusätzlichen Einblick in diesen — unter ökonomischen und sozialen Aspekten äußerst wichtigen Fragenkomplex der Realkapitalbildung verzichten soll, vor allem, da doch wohl ganz unbestritten die volkswirtschaftliche Funktion der Sachvermögensbildung in Form von Eigenheimen im Bereich der privaten Haushalte eine ganz andere ist als die der Anlage- und Lagerinvestitionen im Rahmen der Unternehmungen. Die Ausgliederung der Sachkapitalbildung der privaten Haushalte hat um so größere Bedeutung in einer Volkswirtschaft wie der amerikanischen, in der die Aufwendungen für Eigenheime beachtliche Größenordnungen erreichten, und ein wachsender Prozentsatz der Bevölkerung in Eigenheimen lebt. Nach den neuesten Angaben bewohnten im Jahre 1956 30 Millionen Haushalte, das sind 60 vH aller Haushaltungen, ein Eigenheim. Von den Eigentümern dieser Einfamilienhäuser haben 80 vH ein Jahreseinkommen von weniger als 7500 \$, d. h. sie sind weitgehend der Gruppe der Lohn- und Gehaltsempfänger zuzurechnen, die mit dem Erwerb eines Eigenheimes wohl kaum die Qualifikationen eines Unternehmers angenommen haben dürften.

Im Vergleich zu der üblichen Zuordnung, die die gesamte Sachvermögensbildung der Wirtschaft zuordnet, erlaubt der Nachweis der Sachkapitalbildung bei den privaten Haushalten ein der Wirklichkeit

<sup>4)</sup> So hat R. A. Young in seinem Beitrag in den Staff Papers in seinen Schaubildern die Ansprüche an die Lebensversicherungen der Vermögensbildung der privaten Haushaltungen zugerechnet.

näherkommendes Bild von dem auf die einzelnen volkswirtschaftlichen Bereiche entfallenden Anteil an der Vermögensbildung. Wird die Sachvermögensbildung der privaten Haushalte zusammen mit den Investitionen der Unternehmen der Wirtschaft ausgewiesen, so ergeben sich zwangsläufig auch Verschiebungen bei der Aufbringung der Finanzierungsmittel, insofern nämlich auch die von den privaten Haushalten für den Erwerb von Eigenheimen aufgewandten Ersparnisse, die also von den Haushalten unmittelbar investiert worden sind, dem Bereich der Wirtschaft zugerechnet werden. Die bei dieser Zurechnung in Form von Geldvermögen ausgewiesene Vermögensbildung der privaten Haushalte ist niedriger als die tatsächliche Vermögensbildung — im Falle der Vereinigten Staaten um ein Vielfaches niedriger —, während die Selbstfinanzierungsquote der Wirtschaft überhöht ausgewiesen wird. Die Bedeutung dieser Verschiebungen einmal für die Auseinandersetzungen der Sozialpartner, zum anderen aber für wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen liegt auf der Hand<sup>5)</sup>.

Die Sachvermögensbildung war von einer differenzierten Geldvermögensbildung bzw. Neuverschuldung der einzelnen volkswirtschaftlichen Bereiche begleitet. Den Unternehmungen der Wirtschaft, ohne Banken und Versicherungen, standen zur Finanzierung ihrer 206 Mrd. \$ erreichenden Investitionstätigkeit Gewinne aus der laufenden Produktion in Höhe von 168 Mrd. \$ gegenüber; damit errechnet sich eine Selbstfinanzierungsquote von fast 82 vH. Die Neuverschuldung der Wirtschaft gegenüber den übrigen Sektoren der Volkswirtschaft erreichte eine Höhe von 38 Mrd. \$. Da die Aufnahme von Kapitalmarktmitteln durch Neuausgabe von Aktien bilanzmäßig keine Verschuldung der Aktiengesellschaften begründet, liegt der Anteil echten Fremdkapitals an der Investitionsfinanzierung der Wirtschaftsunternehmen noch niedriger als diese Zahlen andeuten.

Diese Verschuldung der Wirtschaft im engeren Sinne ist volkswirtschaftlich gesehen die unerläßliche Vorbedingung gewesen für die im großen und ganzen von deflatorischen und inflatorischen Störungen freie

<sup>5)</sup> Selbstverständlich könnte der Erwerb von Eigenheimen wie der übrige langfristige Verbrauch der privaten Haushalte behandelt werden, damit würde die diesem Fragenkomplex innewohnende Problematik nur verlagert, nicht aber beseitigt werden.

wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten in den Jahren von 1950 bis 1955. Eine bei sonst gleichen Bedingungen (Finanzgebarung der Öffentlichen Hand, Leistungsbilanz im Verkehr mit dem Ausland) andere — niedrigere oder höhere — Schuldenaufnahme hätte entweder zu Unterbeschäftigung bzw. konjunktureller Überhitzung führen müssen.

Die Öffentliche Hand ist in dieser Periode ebenfalls eine Neuverschuldung eingegangen; ihre Schuldenlast erhöhte sich um 11 Mrd. \$, während sie zur Finanzierung ihrer Investitionen 55 Mrd. \$ aus den Haushaltsüberschüssen einschließlich der Sozialversicherungsträger aufbringen konnte.

Das statistische Material des Federal Reserve Board läßt — neben einer geringen Geldvermögensbildung des Auslandes — allein die Gruppe der Banken und Versicherungen als Kapitalgeber erscheinen. Da die in der Geldstromrechnung vorgenommene Zuordnung der Ansprüche der privaten Haushalte aus Leistungen an Lebensversicherungen und ähnliche Institutionen sachlich unbegründet erscheint, wurde — nach Angaben des Department of Commerce — eine Berichtigung durchgeführt und die Kapitalansprüche aus Lebensversicherungen wurden der Geldvermögensbildung der privaten Haushalte zugeschlagen. Die nach dieser Berichtigung verbleibende Geldvermögensbildung der Gruppe Banken und Versicherungen von 16 Mrd. \$, die nur zu 4 Mrd. \$ auf die Untergruppe der Banken entfällt, deutet darauf hin, daß die Korrektur unzureichend ist, doch können mangels einschlägiger statistischer Unterlagen weitere Berichtigungen zur Zeit nicht vorgenommen werden. Die privaten Haushalte sind mit einer Geldvermögensbildung von 26 Mrd. \$ in diesem Zeitraum die weitaus wichtigsten Kapitalgeber für die amerikanische Wirtschaft gewesen. Die Tatsache jedoch, daß diese Mittel den Weg von den privaten Haushalten zur Wirtschaft vorwiegend über die Kapitalsammelstellen gefunden haben, dürfte von Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten gewesen sein; denn diese Kapitalsammelstellen können dank ihrer Schlüsselstellung durch ihre Konditionen, ihre Anforderungen an Kredit-sicherheit und Kreditwürdigkeit einzelne Unternehmungen, Unternehmungsformen oder ganze Wirtschaftszweige fördern oder hemmen.

## Preise und Kaufkraft in der SBZ

Das Preisniveau für Konsumgüter ist in der sowjetischen Besatzungszone von 1950 bis 1954 mit der schrittweisen Aufhebung der Rationierung und der Vergrößerung des Güterangebots nicht unbedeutend zurückgegangen; die seitdem zu verzeichnenden Preisveränderungen aber haben nur noch geringe Ausschläge der Preisindices mit sich gebracht. Die Preissenkungen betrafen in erster Linie Waren, die wegen Qualität und Form schwer absetzbar waren; da jedoch das noch immer als mangelhaft zu bezeichnende Sortiment an Industriegütern vorwiegend durch qualitativ zwar bessere aber auch teurere Artikel ergänzt wurde, hielt sich die Preisermäßigung im ganzen in engen Grenzen.

Das System der doppelten Preise für die noch immer rationierten Lebensmittel gilt nach wie vor, und daher ist die Kaufkraft der Ostmark für Einkommen verschiedener Höhen weiterhin recht unterschiedlich. Während die Kaufkraftveränderungen in einzelnen Einkommensstufen bis 1954 stark voneinander abwichen, waren sie seitdem jedoch nahezu gleichlaufend. Die Unterschiede der Preise für gleiche oder ähnliche Waren in der SBZ und im Bundesgebiet sind teilweise noch erheblich, wenn auch geringer als 1950.

### Durchschnittliches Preisverhältnis zwischen SBZ und Bundesgebiet

DM-Ost in vH von DM-West

Bekleidung, einfache Qualität .....	150
Bekleidung, bessere Qualität .....	250
Schuhe, einfache Qualität .....	180
Schuhe, bessere Qualität .....	400
Geschirr, einfache Qualität .....	95
Geschirr, bessere Qualität .....	150
Haushaltsgeräte, Metall .....	195
Haushaltsgeräte, Elektrogeräte .....	<sup>1)</sup> 150
Rundfunkgeräte, bessere Qualität .....	200
Fernsehgeräte .....	250
Kameras .....	130
Filme .....	70
Möbel, einfache Qualität .....	125
Möbel, bessere Qualität .....	<sup>1)</sup> 200

<sup>1)</sup> Bei einigen Gütern besserer Ausführung ist das Verhältnis noch erheblich ungünstiger als hier angegeben.

Bücher, Zeitschriften ..... 95  
 Theater, Kino ..... 2) 110  
 Personenautos ..... 2) 250

Das sich auf Grund der herrschenden Preise ergebende Verhältnis der Kaufkraft der DM-Ost in der SBZ zur Kaufkraft der DM-West im Bundesgebiet soll hier — wie in den früheren Veröffentlichungen<sup>3)</sup> — an dem sogenannten Warenkorbvergleich dargestellt werden. Für Güter und Dienste z. B., die in ihrer Zusammensetzung (Warenkorb) etwa dem Verbrauch einer vierköpfigen westdeutschen Familie mit dem Durchschnittseinkommen eines Industriearbeiters im Jahre 1952 entsprachen, waren im März 1957 in der SBZ 391 DM-Ost und im Bundesgebiet 304 DM-West aufzuwenden. Die Kaufkraft der DM-Ost in der SBZ hat also in diesem Falle 78 vH der Kaufkraft der DM-West im Bundesgebiet betragen. Verbrauchsausgaben von 391 DM-Ost stellen für die SBZ etwa das Kaufkraftpotential einer Familie mit gut mittlerem Einkommen dar, das entweder aus einem überdurchschnittlichen Lohn oder aus Einkommen von zwei Verdienern der Familie entsteht. Für den gleichen<sup>4)</sup> Warenkorb hatten Ende 1950 die Aufwendungen an DM-West in der Bundesrepublik nur 58 vH derer an DM-Ost in der SBZ betragen. Der Kaufkraftstand hat sich also durch die gegenläufige Preisentwicklung in beiden Gebieten zugunsten der Ostmark verbessert. Dies zeigt sich auch darin, daß der betreffende Warenkorb 1950 in der SBZ Aufwendungen in Höhe von 444 DM-Ost erfordert hätte, damals also für einen „mittleren“ Einkommensempfänger gar nicht erreichbar gewesen wäre.

Erheblich günstiger liegt nach wie vor das Kaufkraftverhältnis für die Bevölkerungsschichten mit geringem Einkommen, da die Preise für die noch rationierten Lebensmittel, die Heizung und einige andere lebensnotwendige Leistungen in der SBZ besonders niedrig liegen. Je mehr sich der Verbrauch der Grenze des Existenznotwendigen nähert, um so mehr vermindert sich die Differenz zwischen der Kaufkraft der DM-Ost und der DM-West. An dem Preisdurchschnitt für den unbedingt lebensnotwendigen Bedarf einer vierköpfigen Familie gemessen, übertraf Ende 1956 und im März 1957<sup>5)</sup> die Kaufkraft in der SBZ sogar diejenige der Westmark im Bundesgebiet. Wegen der erheblichen Unterschiede der Preise in den einzelnen Bedarfsgruppen wird bei den verschiedenen Einkommensempfängern das echte Kaufkraftverhältnis zwischen Ostmark und Westmark je nach der Verbrauchszusammensetzung verschieden hoch sein und sich zwischen den für die beiden genannten Beispiele berechneten Werten bewegen.

Für Bevölkerungsschichten mit höherem Einkommen und entsprechendem Verbrauch sinkt aus dem gleichen Grunde (es werden teurere höherwertige Industriegüter gekauft) die Kaufkraft der Ostmark im Verhältnis zu der der Westmark noch weiter ab. Sie beträgt z. B. bei Verbrauchsausgaben von 514 DM-Ost nur noch 73 vH der Kaufkraft der DM-West in der Bundes-

**Aufwendungen für die Lebenshaltung einer 4-köpfigen Arbeitnehmerfamilie in der SBZ und der BRD<sup>1)</sup>**

Zeit	Sowjetische Besatzungszone			Bundesrepublik Deutschland	
	Aufw. DM-Ost	1950 = 100	DM-West = 100	Aufw. DM-West	1950 = 100
Beispiel I					
1950 Sept. ....	654,30	100	203	322,30	100
1952 Dez. ....	586,70	90	162	361,70	112
1954 Dez. ....	519,95	79	143	362,00	112
1956 Dez. ....	513,10	78	137	373,90	116
1957 März. ....	514,10	79	137	374,15	116
Beispiel II					
1938 M-D. ....	170,90	39	100	170,90	66
1950 Sept. ....	443,80	100	172	257,55	100
1952 Dez. ....	434,50	98	150	290,25	113
1954 Dez. ....	393,15	89	134	293,25	114
1956 Dez. ....	389,60	88	127	305,05	118
1957 März. ....	390,60	88	128	303,80	118
Beispiel III					
1950 Sept. ....	147,70	100	102	145,30	100
1952 Dez. ....	175,60	119	109	160,55	111
1954 Dez. ....	175,75	119	104	168,90	116
1956 Dez. ....	172,20	117	97	177,20	122
1957 März. ....	173,30	117	98	179,20	122

1) Gemessen an verschiedenen, dem Verbrauch der betrachteten Einkommensschichten — Beispiel I: Höheres Familieneinkommen, Beispiel II: Mittleres Familieneinkommen, Beispiel III: Geringes Familieneinkommen — entsprechenden Warenkörben.

republik. Weitere Gruppen aus höheren Einkommen zu bilden, verbietet sich, da dann für den Verbrauch der freien Einkommenseile ein zu großer Spielraum besteht und je nach Neigung des Einzelnen sowohl teilweise preisgünstige Dienstleistungen als auch Industriegüter mit außerordentlich unterschiedlichen Preisverhältnissen zwischen Ost- und Westmark-Waren beansprucht werden können und hierdurch die Durchschnittsrechnung verschieden stark beeinflußt wird.

Die nominelle Kaufkraft der Ostmark in der SBZ im Verhältnis zur Kaufkraft der Westmark in Westdeutschland betrug also in den hier gewählten Beispielen:

	Verbrauchergruppen		
	I	II	III
September 1950 .....	49	58	99
Dezember 1952 .....	62	67	92
Dezember 1954 .....	70	75	96
Dezember 1956 .....	73	79	103
März 1957 .....	73	78	102

Diese vH-Sätze können allerdings das Kaufkraftverhältnis nur annäherungsweise widerspiegeln, da die Berechnungen sowohl den Schwierigkeiten eines langfristigen Preisvergleichs mit gleichbleibendem Warenkorb als auch des regionalen Kaufkraftvergleichs mit ungenügender zahlenmäßiger Berücksichtigung von Qualitäts-, Sortiments- und Verbrauchsveränderungen unterliegen<sup>6)</sup>.

<sup>6)</sup> Ein ausführlicher Bericht zur Kaufkraftberechnung und zum Vergleich der Kaufkraft zwischen Ostmark und Westmark sowie einer Erweiterung der Berechnungen zum Zwecke von Reallohnvergleichen wird in den Vierteljahrsheften erscheinen.

<sup>2)</sup> Durch Vergünstigungen verschiedener, meist betrieblicher Art wird vielfach das Verhältnis für SBZ-Bewohner besser.

<sup>3)</sup> Siehe Wochenbericht des DIW, Nr. 48/1954.

<sup>4)</sup> Grundsätzlich ist dem langfristigen Vergleich der gleiche Verbrauch zugrunde gelegt worden, mit der einen Ausnahme, daß Rations- und Sortimentsveränderungen in gewissen Grenzen berücksichtigt wurden.

<sup>5)</sup> Die Veränderung im März 1957 ist auf unterschiedliche Nahrungsmittelpreise, insbesondere für Gemüse und Obst, zurückzuführen.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit †)	1956												1957			
			Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	
Anzahl der Werktage:			25	25	24	23,2	26	26	26,9	25	27	24,4	24	26	24	26	24	
<b>Bevölkerung</b>																		
Bevölkerungsbestand, insgesamt	D	1000	E	71400				71500										
" " " " " " " "	BRD	"	"	50401	50437	50484	50535	50595										
" " " " " " " "	G-B	"	"		3343			3344										
" " " " " " " "	W-B	"	"	2220	2219	2222	2222	2220	2220	2222	2223	2224	2224	2223	2224	2223	2222	
" " " " " " " "	O-B	"	"		1140			1140										
" " " " " " " "	SBZ	"	"		16650			16600			16580			16520				
" " " " " " " "	Saar	"	"	997	998	999	1000	1000										
Bevölkerungsbewegung																		
Geburten <sup>1)</sup>	BRD	auf 1000		17,1	17,3	16,9	17,0	16,0	16,0	15,6								
" " " " " " " "	W-B	Einwohner		8,2	8,5	8,2	8,0	7,9	7,7	7,8	8,0	7,3	7,7	7,5	8,0	8,0	8,3	
" " " " " " " "	BRD	und 1 Jahr		13,2	13,8	12,4	11,0	10,0	9,9	9,3								
" " " " " " " "	W-B	berechnet		16,5	16,2	14,6	14,4	13,0	13,1	12,8	13,6	13,3	15,0	15,2	15,1	15,4	17,5	
Sterbefälle <sup>2)</sup>	BRD	"		6,2	7,1	8,0	11,2	9,3	10,7	20,1								
" " " " " " " "	W-B	"		5,8	9,3	6,9	9,9	9,8	10,2	14,0	8,2	7,6	6,4	9,5	4,2	6,4	8,1	
Eheschließungen	BRD	"																
" " " " " " " "	W-B	"																
<b>Einkommen</b>																		
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD	Mill. DM	S	1914,1	2051,5	2040,4	2188,7	2158,3	2155,3	2247,6	2116,6	2242,8	2272,6	2244,5	2235,8	2061,7	2158,8	
" " " " " " " "	"	1949 = 100	"	231,4	248,0	246,7	264,6	260,9	260,5	271,7	255,9	271,1	274,7	271,3	270,3	249,2	261,0	
Gehälter in der Industrie	"	Mill. DM	S	646,9	648,0	657,0	661,2	674,5	681,6	683,3	681,5	687,8	713,5	783,9	742,9	721,6	720,6	
" " " " " " " "	"	1949 = 100	"	266,2	266,7	270,4	272,1	277,6	280,5	281,2	280,5	283,1	293,7	322,6	305,8	297,0	296,6	
<b>Deutsche Bundesbahn</b>																		
Personenverkehr																		
Bef. Personen, kalendertägl.	BRD	1950 = 100	S	112	111	117	111	108	120	108	128	113	112	115	119	118		
Geleistete Personen-km <sup>3)</sup>	"	Mill.	"	2490,1	2931,0	2748,4	3446,3	3253,8	4266,1	4014,4	3570,7	3059,9	2677,6	3225,9	2890,9	2664,3	3024,2	
Güterverkehr																		
Beförderte Güter, arbeitstäg.	"	1950 = 100	"	116	131	136	135	131	129	127	132	137	145	134	126	128		
Geleistete Nettotonnen-km <sup>4)</sup>	"	Mill.	"	4476,9	5483,5	5024,8	4928,4	5272,8	5240,7	5302,0	5226,9	5533,8	5362,1	5025,6	5189,1	4903,0	5602,8	
Wagengestellung, arbeitstäg.	"	1000	TD	56,0	63,0	65,9	67,1	64,4	63,9	63,0	65,3	66,5	70,0	65,0	61,0	62,3	64,8	
<b>Straßenverkehr</b>																		
Bef. Pers. auf Straßenbahnen <sup>5)</sup>	BRD	Mill.	S	292,1	299,2	279,5	287,7	276,2	276,7	270,2	282,1	294,8	299,6	312,6	305,7	284,6	295,1	
" " " " " " " "	"	"	"	188,0	178,2	166,8	168,5	165,6	169,9	168,4	170,7	180,5	187,9	200,8	207,3	191,5	194,8	
Geleistete Tonnen-km im gewerblichen Güterfernverkehr <sup>6)</sup>	BRD	"	"	936	1085	1159	1177	1238	1234	1242	1204	1297	1269	1071	1089	1071		
Geleistete Tonnen-km im Werkfernverkehr <sup>7)</sup>	u. W-B	"	"	198	263	280	283	287	307	302	280	303	265	228	235	237		
Zulassung v. fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	"	Stück	E	46523	109097	96551	92476	83811	73876	58410	56771	59427	51868	46995	46836	59856	89461	
dar.: Personenkraftwagen	"	"	E	28319	55352	45135	45528	45212	41551	34035	36340	38747	34723	31521	30738	38393	54211	
<b>Binnenschifffahrt<sup>8)</sup></b>																		
Beförderte Güter, arbeitstäg.	BRD	1950 = 100	S	43	159	213	228	218	220	216	218	204	195	183	168	172	199	
Geleistete Nettotonnen-km	"	Mill.	"	619,4	2246,0	2777,2	2948,9	3214,8	3211,0	3289,6	3179,0	3108,7	2602,1	2445,7	2469,6	2254,1	2883,8	
<b>Seeschifffahrt</b>																		
Güterverkehr, insgesamt	BRD	1000 t	S	3893,6	5422,5	4946,5	4999,9	5038,5	5425,5	5144,2	5327,6	5424,2	5010,8	5213,6	5051,2	4456,3	5162,8	
dar.: Auslandsverkehr <sup>10)</sup>	"	"	"	3805,6	5137,1	4608,1	4710,4	4745,9	5103,7	4824,0	5010,0	5093,4	4749,2	4995,5	4783,3	4192,9	4899,4	
Deutscher Seefrachtenindex	"	1950 = 100	"	217	258	251	264	239	257	234	262	247	217	272	240	228		
Linienfahrt	"	2.Hj. 54=100	D	114,1	116,2	116,6	116,5	117,9	118,2	118,9	120,6	121,3	125,7	129,2	131,2	134,4	136,6	
Trampfahrt	"	"	"	149,3	154,7	165,4	166,8	159,8	158,5	162,4	164,2	169,8	208,0	199,1	188,0	158,9		
Tankerfahrt	"	Mot/Sc.=100	"	135,1	125,7	160,4	202,7	200,3	179,4	194,3	240,9	268,6	408,6	448,6	388,3	398,5	285,5	
<b>Luftverkehr<sup>11)</sup></b>																		
Fluggäste	BRD	1000 t	S	199,6	256,0	269,2	335,6	349,3	380,3	388,1	379,3	316,1	242,3	236,3	235,2	214,2	281,7	
Fracht	u. W-B	"	"	6464	7361	6427	7126	6883	6302	6067	6441	7172	6572	5680	4936	5015	5690	
<b>Post- und Fernmeldeverkehr</b>																		
Nachrichtenverkehr <sup>12)</sup>	BRD	1950 = 100	S	141,4	156,9	149,2	149,9	154,1	156,2	153,1	153,0	167,0	164,3	186,7	164,3	149,7	163,2	
Briefsendungen	u. W-B	Mill.	"	477	571	513	523	550	542	544	539	603	589	729	570	525	590	
Gewöhnliche Paketsendungen	"	"	"	17,2	21,4	18,4	18,4	18,1	17,1	18,0	18,9	22,7	30,4	18,4	18,8	20,5		
Telefongespräche	"	"	"	267	275	277	274	276	287	275	277	295	303	297	273	289		
Gutschriften i. Postscheckdienst.	"	Mill. DM	"	13286	14423	14248	14415	15524	15090	15347	14543	15956	15524	17672	16733	14597	15860	
Guthaben auf Postsparkassenkt.	"	"	D	1320	1357	1378	1389	1409	1437	1439	1440	1451	1440	1437	1491	1538	1582	
<b>Einzelhandelsumsätze</b>																		
Gesamter Einzelhandel	BRD	1954 = 100	S	103	129	108	119	118	118	118	110	126	139	193	112	107	122	
Nahrungs- und Genußmittel	"	"	"	108	131	107	113	120	115	119	115	120	123	162	110	109	124	
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	91	127	100	128	108	114	105	90	131	164	229	110	96	113	
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	100	122	112	120	129	126	131	127	145	159	220	120	116	130	
sonstiger Einzelhandel	"	"	"	110	135	120	117	125	125	124	117	123	130	196	116	113	128	
<b>Index der Grundstoffpreise</b>																		
Grundstoffe insgesamt	BRD	1938 = 100	D	247	249	249	248	246	244	246	245	247	251	252	251	250	248	
" " " " " " " "	"	1950 = 100	"	129	130	130	129	129	127	128	128	129	131	131	131	130	129	
Grundst. inländischer Herkunft	"	"	"	135	136	136	135	134	133	134	133	135	136	136	136	135	135	
ausländischer	"	"	"	101	101	103	103	103	102	103	103	103	107	109	108	107	106	
Grundst. landwirtschaf. Herk.	"	"	"	119	120	121	120	119	117	119	118	117	120	119	118	116	115	
industrieller	"	"	"	140	140	140	139	139	139	139	139	142	144	145	145	145	145	
<b>Index der Erzeugerpreise</b>																		
Gesamte Industrie	BRD	1938 = 100	D	225	226	225	225	224	224	225	225	227	230	231	232	231	232	
" " " " " " " "	"	1950 = 100	"	121	121	121	121	120	120	121	121	122	123	124	124	124	124	
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	"	"	188	189	187	187	186	185	186	186	187	189	189	140	139	139	
Investition																		

